

Substanzielles Protokoll 71. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 25. November 2015, 17.00 Uhr bis 18.57 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Raphael Kobler (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2014/135](#) GPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Nina Fehr Düsel (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018
3. [2014/168](#) Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Anna Klieber Ben Othmen (AL) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018
4. [2015/115](#) Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Mauro Tuena (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2015/2016
5. [2015/355](#) * E Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Christine Seidler (SP) vom 11.11.2015: Städtische Mütter- und Väterberatung, Erhöhung des Anteils an männlichem Personal VS
6. [2015/356](#) * E Postulat von Hans Urs von Matt (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 11.11.2015: Ausserfamiliäre Betreuungseinrichtungen, Erhöhung des Anteils an männlichem Personal VS
7. [2015/165](#) Weisung vom 03.06.2015: Kultur, Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019, Kenntnisnahme STP

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

**1418. 2015/349
Ratsmitglied Mauro Tuena (SVP); Rücktritt**

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Mauro Tuena (SVP 10) auf den 25. November 2015 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

**1419. 2015/348
Ratsmitglied Min Li Marti (SP); Rücktritt**

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Min Li Marti (SP 4+5) auf den 25. November 2015 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

**1420. 2015/350
Ratsmitglied Marc Bourgeois (FDP); Rücktritt**

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Marc Bourgeois (FDP 7+8) auf den 25. November 2015 bekannt und würdigt seine Amtstätigkeit.

**1421. 2015/351
Ratsmitglied Nina Fehr Düsel (SVP); Rücktritt**

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Nina Fehr Düsel (SVP 7+8) auf den 25. November 2015 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

Geschäfte

**1422. 2014/135
GPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Nina Fehr Düsel (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018**

Es wird mit Wirkung ab 25. November 2015 gewählt:

Stefan Urech (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

1423. 2014/168

Schulkommission für die Sonderschulen und weitere gesamtstädtische sonderpädagogische Angebote, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Anna Klieber Ben Othmen (AL) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018

Es wird gewählt:

Anne-Claude Hensch Frei (AL)
Köschenrütistrasse 8, 8052 Zürich

Mitteilung an den Stadtrat, die Schulkommission und die Gewählte

1424. 2015/115

Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Mauro Tuena (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2015/2016

Es wird mit Wirkung ab 25. November 2015 gewählt:

Martin Götzl (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

1425. 2015/355

**Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Christine Seidler (SP) vom 11.11.2015:
Städtische Mütter- und Väterberatung, Erhöhung des Anteils an männlichem Personal**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Götzl (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1426. 2015/356

**Postulat von Hans Urs von Matt (SP) und Marcel Savarioud (SP) vom 11.11.2015:
Ausserfamiliäre Betreuungseinrichtungen, Erhöhung des Anteils an männlichem Personal**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Götzl (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1427. 2015/165

Weisung vom 03.06.2015:

Kultur, Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019, Kenntnisnahme

Antrag des Stadtrats

Vom Leitbild der städtischen Kulturförderung für die Jahre 2016–2019 wird Kenntnis genommen.

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Christina Hug (Grüne): Der Stadtrat unterbreitet das Leitbild der Kulturförderung für die nächsten vier Jahre bereits zum vierten Mal. Er kommt damit einem Auftrag nach, der ihm durch den Gemeinderat im Jahr 2003 erteilt worden war. Die Aufgabe und das Ziel des Kulturleitbilds ist ein Überblick über die aktuelle Situation im Kulturwesen. Es soll über die kurz- und mittelfristigen Pläne der Stadt im Kulturbereich und über deren finanzielle Implikationen berichtet werden. Das Kulturleitbild bietet die Gelegenheit, grundsätzlich über die städtische Kulturpolitik als Ganzes nachzudenken und diese zu diskutieren. Dies haben wir im letzten halben Jahr in den Kommissionen und den Fraktionen getan. Das vorliegende Leitbild wurde unter Einbezug von Mitgliedern der externen Kulturkommissionen und von weiteren Fachleuten erarbeitet. Es gliedert sich in drei Teile, wobei der erste Teil das eigentliche Leitbild darstellt, in den beiden anderen Teilen werden detaillierte Informationen zu den geförderten Informationen geliefert. Ebenso gibt es Statistiken zur Verteilung der Fördergelder. Im Leitbild definiert der Stadtrat vier Handlungsachsen, die durch Kulturförderung in den nächsten vier Jahren gefördert werden sollen. Es soll die Teilhabe gestärkt und Diversität gelebt werden, es sollen Akzente gesetzt und Profile geschärft werden, die Rahmenbedingungen sollen verbessert und es soll die Koordination gestärkt werden. Die erste Handlungsachse bedeutet, dass die ganze Breite der Bevölkerung sowohl als Adressaten als auch als Produzierende in das Kulturleben miteinbezogen werden soll. Konkret bedeutet dies, dass mehr Kulturprojekte in den Aussenquartieren durchgeführt werden sollen. Es soll eine gemischte Zusammensetzung der Kulturkommissionen erreicht werden, aber es soll auch ein wiederkehrender Beitrag für das Theater Hora geleistet werden. Die geförderten Kulturinstitutionen sollen mit ihren Leistungsvereinbarungen mit der Stadt dazu angehalten werden, Ziele und Massnahmen zu formulieren, um dem Facettenreichtum unserer Gesellschaft gerecht zu werden. Künstlerische Projekte, die sich mit der gesellschaftlichen Vielfalt und der Teilhabe verschiedener gesellschaftlicher Gruppen auseinandersetzen, sollen besonders gefördert werden. Bei der zweiten Handlungsachse ist besonders zu erwähnen, dass der Stadtrat in den nächsten vier Jahren einen Schwerpunkt im Bereich Filmschaffen setzen will. Mit einer substanziellen Beitragserhöhung soll die Weiterführung der erfolgreichen Arbeit der Zürcher Filmstiftung sichergestellt werden. Wir werden später darüber diskutieren. Akzente werden durch das Dada-Jubiläum und die Manifesta 2016 gesetzt. Es soll eine umfassende Analyse der Zürcher Theater- und Tanzlandschaft erstellt werden, damit die Institutionen ihre Profile schärfen können. Die Kulturförderung will grundsätzlich in den nächsten vier Jahren das breite und vielfältige Kulturangebot weiterentwickeln und vertiefen. Die Dritte Handlungsachse, also die Verbesserung der Rahmenbedingungen, bezieht sich auf die dringend notwendige Erneuerung der Infrastruktur verschiedener Institutionen. Es geht aber auch generell darum, beim Thema der Knappheit bezahlbarer Räume für Kulturschaffende aktiv zu bleiben. Es geht um einzelne, gezielte Erhöhungen von Krediten, beispielsweise in den Bereichen Jazz, Rock, Pop und Theater. In der vierten Handlungsachse soll ausgelotet werden, in welchen Bereichen die verstärkte Zusammenarbeit von Bund, Kanton und Stadt, beziehungsweise der Stadt und anderen Städten möglich und sinnvoll ist. Insgesamt sieht das Leitbild vor, die Mittel für die Kulturförderung bis 2019 um rund 10 % zu erhöhen. Die Zunahme begrün-

det sich vor allem durch die Erweiterung des Kunsthouses, die durch die Stimmbevölkerung beschlossen wurde, und durch einzelne kleine Erhöhungen oder Beiträge, ohne dass in anderen Bereichen substanziell gekürzt werden soll.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1428–1434)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1428. 2015/367

**Erklärung der SP-Fraktion vom 25.11.2015:
Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019**

Namens der SP-Fraktion verliest Hans Urs von Matt (SP) folgende Fraktionserklärung:

Leitbild Kulturförderung 2016–2019: Kultur geht uns alle an

«Kultur ist Opposition, ohne Politik zu sein. Kultur bildet, ohne Schule zu sein. Kultur tröstet, ohne Religion zu sein.»

Dieses Zitat von Laura de Weck bringt es auf den Punkt. Es würde wohl kaum jemand behaupten, dass ein Leben ohne Kultur überhaupt denkbar ist. Umso erstaunlicher ist es eigentlich, welche geringe Rolle die Kultur in der Politik spielt. War früher die Unterstützung der «Hochkultur» in allen politischen Lagern zumindest ein Lippenbekenntnis, ist selbst dies heute nicht mehr selbstverständlich. Die meisten Parteien sind zwar irgendwie «für Kultur», während einige wenige gegen staatliche Kulturförderung und Nischenkunst poltern! Aber es reicht nicht, einfach «Ja» zu sagen. Man muss auch wissen, weshalb.

Aus dieser Sicht ist es umso erfreulicher, dass der Stadtrat mit dem Kulturleitbild für die Jahre 2016–2019 eine Auslegeordnung präsentiert. Die SP sagt: «Für alle statt für wenige». Das gilt auch für die Kultur. Die Teilnahme und Teilhabe am Kulturleben darf nicht Privileg begüterter Einzelpersonen oder kreativer Insiderinnen und Insider sein. Kultur geht uns alle an! Sie ist nicht Dekoration einer öden Welt, sondern eine Art, sich mit der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Für die SP ist Kultur eine gesellschaftlich relevante Grösse. Kultur bildet Identität, vermittelt Werte, bietet aber auch Unterhaltung und leistet einen Beitrag zum gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, indem sie Begegnung und Austausch ermöglicht. Und als Schule der Aufmerksamkeit fördert und fordert Kultur ihrerseits Demokratie und Politik: Künstlerische Betätigung, kulturelle Bildung und Kulturvermittlung sind notwendige Bedingungen für Demokratie und Emanzipation. Kultur ist nützlich, indem sie zur Diskussion anregt, zur Zufriedenheit beiträgt, Arbeitsplätze schafft, uns verunsichert oder einfach Genuss beschert.

Die SP bekennt sich zur in der Bundesverfassung verankerten Freiheit der Kunst – denn wir wissen: Kunst ist immer auch anarchisch, kann Irritation auslösen und durchgeknallt sein! Die Zürcher Kultur braucht Freiräume, freie Tanz- und Theatergruppen und Atelieregemeinschaften junger Kunst- und Kulturschaffenden genauso wie die «Leuchttürme» Tonhalle, Kunsthaus und Schauspielhaus. Die Vielfalt der Gesellschaft soll sich im Publikum, bei den Kulturschaffenden und in den Institutionen widerspiegeln.

Die SP begrüsst und unterstützt die im neuen Kulturleitbild beschriebenen Handlungsachsen und sieht eine grosse Übereinstimmung mit ihren eigenen kulturpolitischen Forderungen:

- Kultur für alle: Teilhabe stärken, Diversität leben

Zürich ist eine vielfältige Stadt mit rund 400 000 Bewohnerinnen und Bewohnern aus über 169 Nationen. Die Kulturinstitutionen sind aufgerufen zur Demokratisierung des Zugangs. Zutrittshürden sind abzubauen. Die Preispolitik und Öffnungszeiten sind zu überdenken. Für Kinder und Jugendliche braucht es mehr kulturelle Bildung und Möglichkeiten, in verschiedenen Sparten selber künstlerisch tätig zu werden.

- Kulturelle Vielfalt: Akzente setzen, Profile schärfen

Die Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen sind aufgerufen, innerhalb der kulturellen Vielfalt Akzente zu setzen, die Qualität zu vertiefen und ein unverwechselbares Profil zu schaffen. Das Publikum soll neugierig gemacht werden. Dazu eignen sich auch Aktionen wie «Kunst im öffentlichen Raum». Die Rolle der Kunst im öffentlichen Raum muss politisch und gesellschaftlich breit diskutiert werden. Zudem unterstützt die SP ausdrücklich die Erhöhung des städtischen Beitrags an die Filmstiftung zum Erhalt der bisherigen Fördertätigkeit. Die Ablehnung der Erhöhung durch die bürgerlichen Fraktionen ist für uns nicht nachvollziehbar. Dies gefährdet die Aufbauarbeit der letzten Jahre, welche Zürich als Filmstandort und Filmproduktionsort erfolgreich etabliert hat.

- Kultur braucht Räume: Rahmenbedingen verbessern

Fragt man Kulturschaffende danach, wo am dringendsten Unterstützung notwendig ist, wird der Bedarf nach

Raum häufig zuerst genannt. Es muss mehr günstigen Raum für die kulturelle Arbeit, für Veranstaltungen und Aufführungen sowie Vernetzung und Austausch bereitgestellt werden. Auch bei der Altersvorsorge könnte die Stadt Zürich noch mehr tun. Die soziale Absicherung von Kulturschaffenden in der Schweiz ist ungenügend. Oft arbeiten Künstlerinnen und Künstler in prekären Arbeitsverhältnissen und das Einkommen reicht nicht aus, um eine existenzsichernde Altersvorsorge zu finanzieren. Mit dem Kulturfördergesetz hat der Bund 2012 ein Zeichen gesetzt: Kulturschaffende, die vom Bundesamt für Kultur oder Pro Helvetia unterstützt werden, erhalten einen Beitrag an ihre Altersvorsorge. Es ist wünschenswert, wenn die Stadt Zürich diese Regelung freiwillig anwenden würde.

- Kultur kostet: Kulturförderung ist gesellschaftliche Grundlagenforschung
Es ist Geld und Freiheit nötig, damit dabei etwas herauskommt, das uns weiterbringt und weiterführt. Deshalb unterstützt die SP die staatliche Kulturförderung. Nur so ermöglichen wir ein breites Spektrum an Sparten und Ausdrucksformen, von populär bis minoritär, auch inter- und transdisziplinär. Die SP bekennt sich zum «Kulturprozent»: 1–2 % der gesamten städtischen Ausgaben soll in die Kultur fliessen. Deshalb stimmt die SP-Fraktion dem Kulturleitbild 2016–2019 zu und unterstützt in diesem Zusammenhang alle konkreten Subventionsvorlagen.

1429. 2015/368

Erklärung der SVP-Fraktion vom 25.11.2015: Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019

Namens der SVP-Fraktion verliest Martin Götzl (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Kulturausgaben in Zürich wachsen ins Uferlose

Die SVP macht sich nichts vor. Auch in der heutigen Kulturdebatte wird es uns wohl nicht gelingen, das endlose Wachstum der Zürcher Kulturprojekte zu stoppen. Das ist bedauerlich! Die Mehrheit des Gemeinderats ist so kulturhörig wie der Stadtrat. Die Stadtpräsidentin kennt ihre Pappenheimer. Kürzungen haben kaum Chancen. Radikaler Rückbau schon gar nicht. So beantragt Stadtpräsidentin Corinne Mauch als oberste Kulturchefin mit frischem Mut eine Vielzahl alter und neuer Kulturbeiträge.

Dass unsere bürgerlichen Partner den Ausgabenexzess weitgehend mittragen, macht betroffen. 2010 bezahlte die Kulturförderung noch einen jährlichen Betrag von 93 Millionen Franken. Im Jahr 2019 sollen es gemäss Kulturleitbild bereits 108 Millionen sein. Natürlich sind diese 108 Millionen lange nicht alles, was in Zürich für Kultur verpulvert wird. In dieser Summe ist kein Geld drin für das ‚Rietberg‘, nix für das NONAM, nix für das Kulturama, die KiöR oder die Oper. Insgesamt verjubeln die Stadt, der Kanton und der Bund in der Stadt Zürich pro Jahr weit über 300 Millionen Franken.

Niemand hat je bewiesen, dass das endlose Aneinanderreihen von teuren Kulturprojekten etwas nützt! Die Frage sei also hier erlaubt, warum der Stadtrat die Kulturspirale ins Unendliche dreht? Eine Antwort aus Sicht der SVP sei hier erlaubt: in schriftlichen und mündlichen Formulierungen des Stadtrats kommen die folgenden beiden Begriffe überaus viel vor: "Leuchtturmprojekt" und "Internationale Ausstrahlung". Der Stadtrat ringt offenbar um ein neues Profil für die Limmatstadt. Zürich soll in der Welt nicht mehr als "Zwinglistadt" oder als "Stadt der Banken" bekannt sein. Nein, Zürich soll internationale Ausstrahlung haben als weltoffene und ökologisch gesittete Kulturstadt.

Der Kultur kommt bei diesem Feldzug die wichtigste Bedeutung zu. Schliesslich steht in Zürich das Geburtshaus der Weltkulturbewegung Dada. Zürich hat die Sammlung Bühle im bald doppelt so grossen Kunsthaus. Ein Schauspielhaus mit vergangener Grösse. Eine sündhaft teure Oper. Zürich tanzt! Zürich liest! Zürich eröffnet dann und wann ein neues Theater. Plant ein neues Festival. Zürich fördert Kinder, Jedermann und Jedefrau, um künstlerisches Potenzial freizusetzen. Stars werden in wichtigen Fachpublikationen anerkannt. Zürich ist Drehscheibe der internationalen Kunst und hat starke Präsenz in nationalen und internationalen Medien. Und um seinen Ruf weiter auszubauen, mietet Zürich Ateliers und Wohnungen für seine Künstler in Berlin, New York, Genua, Istanbul, Paris, Kunming und San Francisco. Die Aufzählung könnte ellenlang fortgesetzt werden.

Und die Moral von der Geschichte? Ein Ende der Story, das gibt es nicht! - Das Ziel wird nie erreicht. Der Kulturhunger wird nie gestillt sein. Das Haschen nach Ausstrahlung wird nie sagen: es ist genug! Zudem gibt es immer neue Anspruchsgruppen, die unterstützt werden wollen. Dann wird der Stadtrat einwilligen, die Budgetanträge dem Gemeinderat vorlegen und die Kostenspirale dreht sich endlos weiter.

Es sei denn, werde Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien, sie folgen in der heutigen Kulturdebatte den Streichungsanträgen der SVP. So könnten sie mithelfen, die Zürcher Kultur und die Zürcher Finanzen wieder auf den richtigen Weg zu bringen.

1430. 2015/369

**Erklärung der FDP-Fraktion vom 25.11.2015:
Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019**

Namens der FDP-Fraktion verliest Severin Pflüger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Eine aktive Kulturpolitik

Für die FDP ist klar, dass der grösste Teil der Kultur im privaten Rahmen stattfindet und von privaten Sponsoren und Mäzenen unterstützt wird. Kulturförderung ist daher nicht hauptsächlich eine Staatsaufgabe. In einer Stadt wie Zürich, welche ein qualitativ hochstehendes und breites Kulturangebot verdient, kann der Staat allerdings unterstützend wirken, so ist es auch in der Kantonsverfassung festgehalten. Dies bedeutet aber auch für alle Beteiligten, ob Künstler, Institution oder die Politik, Verantwortung zu übernehmen.

Wer Steuergelder verteilt, muss diese Verantwortung wahrnehmen. Bloss jedem gleichviel zu geben wie immer und all jenen, die nett gefragt haben, etwas mehr, greift zu kurz. Es braucht eine klare Haltung, welche Kunst mit Steuergeldern unterstützungswürdig ist. Die FDP hat diese klare Haltung.

Unterstützungswürdig ist jene Kunst, welche

1. sich selber weiterentwickelt oder sich auf höchstem Niveau halten kann,
2. ohne eine staatliche Mitunterstützung nicht auskommt und
3. jedoch ein breites Publikum anspricht, wobei die Breite je nach Kunstform unterschiedlich definiert werden kann.

Die FDP will weder die Beliebigkeit noch „l'Art pour l'Art“, welche sich nur mit sich selbst beschäftigt, unterstützen. Die Kulturlandschaft der Stadt Zürich ist dank der Politik der letzten Jahre breit gefächert, hochstehend und nahe am Publikum. Dies gilt es zu erhalten und zu fördern. Doch gibt es Häuser und Institutionen, die sich fragen müssen, ob sie sich wirklich weiterentwickeln oder ihr früher hohes Niveau noch halten und damit ihre staatliche Unterstützung nach wie vor verdienen.

Zudem vermissen wir eine notwendige Konstanz: Dass der Stadtrat den Film für die nächsten vier Jahre zum Schwerpunkt seiner Kulturpolitik auserkoren hat, damit dieser mehr Aufmerksamkeit erhält, ist erfreulich. Vor vier Jahren hat der Stadtrat dem Gemeinderat allerdings mit viel Verve den Tanz als Schwerpunkt vorgelegt. Diese Sparte hat sich als Standort in der Deutschschweiz tatsächlich erfolgreich entwickelt. Ihn nun aber gleich wieder durch einen nächsten abzulösen, erscheint uns zu kurz gegriffen. Einen Schwerpunkt zu bilden ist aus unserer Sicht nicht zwingend mit einer Budgeterhöhung verbunden. Auf jeden Fall kann es aber nicht sein, dass der Stadtrat alle vier Jahre einen neuen Schwerpunkt wählt und damit gleich noch das Gesamtbudget der Kulturausgaben erhöht.

Gleichzeitig anerkennen wir, dass bei einzelnen Institutionen, Häusern und Ensembles im Zuge ihrer Entwicklung neue finanzielle Bedürfnisse entstehen. Wenn dies zu einem moderaten Anstieg der Kulturausgaben führt, der parallel zum Wirtschaftswachstum läuft, ist dies akzeptabel. Die Kulturausgaben der Stadt Zürich sollen in der Vorstellung des Stadtrats aber nicht bloss moderat ansteigen. Der Stadtrat plant sogar einen massiven Anstieg von 85.1 Mio Franken im Jahr 2015 auf 93.2 Mio Franken im Jahr 2019, und dies angesichts eines strukturellen Defizits von über 100 Mio Franken, weiter steigender Schulden von mittlerweile über 5 Mia Franken und eines weiteren Abbaus des Eigenkapitals von über 90 Mio Franken bis Ende 2016.

Für die FDP gilt: Kultur, die sich entwickelt, unterstützen wir. Dazu gehört aber, alles was nicht unabdingbar ist zu hinterfragen. Es gibt keinen Grund, die Kulturausgaben anders zu behandeln als die Ausgaben für die Bildung, die Kinderbetreuung, die öffentliche Sicherheit, die Gesundheit oder das Soziale.

Wir tun dies nicht, um Kultur zu verhindern, sondern um Kultur zu ermöglichen. Besitzstandswahrung ist in unseren Augen keine Kulturpolitik.

1431. 2015/370

**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 25.11.2015:
Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Christina Hug (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Kultur lohnt sich, auch wenn sie nicht rentiert

Zürich hat kulturell jede Menge und für jeden Geschmack etwas zu bieten, von den grossen und gutbürgerlichen Institutionen wie Tonhalle und Kunsthaus bis zu kleinen und kleinsten Häusern und Festivals der freien Szene. Wir Grünen schätzen dieses breite und bunte kulturelle Angebot und bekennen uns zu einer Politik, die es in seiner ganzen Vielfalt wertschätzt und fördert. Und zwar gerade nicht nur deshalb, weil die

Kultur ein zweifellos wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor ist. Sondern vielmehr, weil sie noch sehr viel Wichtigeres leistet:

Kultur ist der Ort der Auseinandersetzung des Menschen mit sich selbst – also das, was uns im Wesentlichen von anderen Kreaturen unterscheidet. Sie ist nicht einfach, wie einige der bürgerlichen Fraktionen offenbar meinen, „nice to have“. Wir brauchen sie, um uns selbst zu reflektieren und dadurch weiterzuentwickeln. Umso besser also, wenn das Kulturschaffen sich nicht einfach mit ästhetischem Wohlgefallen begnügt, sondern irritiert, ausprobiert, Hafenkranne aufstellt oder sonstige merkwürdige Dinge tut – und dabei durchaus auch mal scheitert. Auch und gerade von der Stadt geförderte Kultur darf und soll Zürich und die Art und Weise, wie wir hier leben, hinterfragen. Das Kulturbudget dient nicht der städtischen Selbstinszenierung, und Kultur muss schon gar nicht rentieren.

Aus diesem Grund haben wir Grünen uns, ohne die grossen und etablierten Institutionen und ihre wertvolle Arbeit grundsätzlich in Frage zu stellen, immer für eine stärkere Förderung der freien Szene und des künstlerischen Nachwuchses eingesetzt. Wir begrüssen das vom Stadtrat vorgelegte Kulturleitbild für die Jahre 2016 bis 2019 nicht zuletzt deshalb, weil es diesen Forderungen in wesentlichen Punkten Rechnung trägt.

Aus dem gleichen Grund lehnen wir auch die bürgerlichen Kürzungsanträge bei der Winkelwiese, wo mit dem Dramenprozessor gezielte und erfolgreiche Nachwuchsförderung betrieben wird, und bei der Filmstiftung, wo ein Teil der zusätzlichen Mittel speziell für Nachwuchs- und Low Budget Produktionen eingesetzt werden soll, dezidiert ab. Genauso dezidiert lehnen wir bei allen Weisungen den Dispositivantrag ab, der im Falle eines Bilanzfehlbetrags im Budget des Folgejahres Kürzungen verlangt. Die Umsetzung dieser reinen Scheinsparmassnahme – anders kann man es nicht nennen und anders wäre auch die SP kaum bereit gewesen, diese Motion zusammen mit FDP und CVP zu unterzeichnen – ist weder sinnvoll noch ehrlich. Damit wird einzig die Fahne hochgehalten, real passiert nichts. Offen bleibt, wer von dieser unredlichen Politik schlussendlich mehr profitiert. Wir machen bei diesem Spiel nicht mit.

Ein undifferenziertes Hantieren mit dem Rotstift bei der Kulturförderung ist nicht angebracht. Die Stadt gibt insgesamt nur etwas mehr als 1 % des Gesamtbudgets für die Kulturförderung aus – und erhält dafür im Gegenzug ein Stück echte Lebensqualität.

1432. 2015/371

Erklärung der GLP-Fraktion vom 25.11.2015:

Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019

Namens der GLP-Fraktion verliest Isabel Garcia (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Vielfältig und vernetzt – und nachhaltig finanziert

Aus Sicht der Grünliberalen stehen bei der städtischen Kulturförderung drei Leitmotive im Fokus: Die Vielfalt des städtischen Kulturangebots, der Beitrag von Kulturinstitutionen zu Allgemeinbildung, Lebensqualität und Standortattraktivität sowie der nachhaltige Umgang mit den für die Kulturförderung eingesetzten Steuergeldern.

1. Vielfältiger Kulturmix: Gerade aus liberaler Perspektive ist die Förderung einer breiten Palette von Kulturangeboten für die glp ein zentrales Element: Einzelne Sparten, Stilrichtungen oder Institutionen sollen nicht bevorzugt werden. Der Allgemeinheit soll ein breites Spektrum von Angeboten zur Verfügung stehen. Von populärer Massenkultur, über unkonventionelle und experimentelle Aktivitäten bis hin zu klassischen und etablierten Kulturangeboten sollen alle Stilrichtungen ihren Platz haben.
Bereits anlässlich der Kulturdebatte vor vier Jahren haben wir Grünliberale unserer Sorge Ausdruck verliehen, dass über 60% des städtischen Kulturbudgets von den drei grossen Kulturhäusern, Schauspielhaus, Tonhalle und Kunsthaus, beansprucht wird. Dadurch wird die Vielfalt des Kulturangebots stark eingeschränkt und der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt zur Unterstützung neuer Kulturinitiativen strebt langsam aber sicher gegen Null. Die glp tritt entschieden gegen diese Entwicklung an. Wir haben deshalb heute eine Motion eingereicht, in der wir den Stadtrat auffordern, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Neubeurteilung der laufenden Subventionsverträge mit den genannten Kulturhäusern vorzunehmen.
2. Beitrag zu Allgemeinbildung, Lebensqualität und Standortattraktivität: Öffentliche Investitionen in kulturelle Aktivitäten und Institutionen nützen nicht nur den Kulturhäusern und den Kulturschaffenden, sondern entwickeln über die vielfältige Vernetzung der Kulturbranche eine dynamische Wirkung auch in anderen Lebensbereichen. Kultur liefert wichtige Impulse für gesellschaftliche Debatten, fördert die Allgemeinbildung und trägt zur hohen Standortattraktivität der Stadt Zürich bei.
3. Nachhaltiger Einsatz der Steuergelder: Auch im Kulturbereich sind die finanziellen Ressourcen der Stadt begrenzt. Daher können nicht alle an sich sympathischen und auch qualitativ hochstehenden Projekte und Institutionen im werden. Zudem ist es unrealistisch und finanzpolitisch unverantwortlich – unter Einbezug von Steuergeldern – gleich in mehreren Sparten Kulturhäuser von Weltruf unterhalten zu wollen. Wir sind auch der Auffassung, dass städtisch geförderte Kulturinstitutionen ein Minimum an

Publikumsresonanz erzeugen müssen, dass die Möglichkeiten zur Generierung von Drittmitteln sowie zur Nutzung von Synergien noch nicht bei allen Institutionen ausgeschöpft sind.

Angesichts der düsteren Perspektiven der städtischen Finanzlage, wie sie der Stadtrat vor zwei Monaten im Aufgaben- und Finanzplan 2017 – 2019 präsentiert hat, steht die glp sowohl einer Erhöhung des Gesamtbetrags wie auch des prozentualen Anteils der Kulturförderung an den städtischen Gesamtausgaben äusserst skeptisch gegenüber.

Der Stadtrat unterbreitet dem Gemeinderat heute auch das Kulturleitbild 2016 – 2019, welches Ziele und Herausforderungen der städtischen Kulturförderung für die nächsten vier Jahre zusammenfasst. Die von der glp hochgehaltenen Leitmotive der Vielfalt und Vernetzung finden darin durchaus ihren Niederschlag. Bezüglich des nachhaltigen Einsatzes der Steuergelder im Kulturbereich sehen wir, wie bereits erwähnt, Verbesserungspotenzial. Leider fehlt im Kulturleitbild die kritische Auseinandersetzung mit der Besitzstandswahrung. Es macht ganz den Anschein, als dass Institutionen, denen es einmal gelungen ist, auf das Subventionsvergnügungskarussell der Stadt aufzuspringen, sich nicht davor fürchten müssten, irgendwann wieder vom Karussell gestossen zu werden. Die Grünliberalen werden das zu umfangreich geratene Kulturleitbild trotz einiger Kritikpunkte zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Zu den einzelnen Kulturvorlagen werden wir unter den entsprechenden Traktanden Stellung beziehen.

1433. 2015/372

Erklärung der AL-Fraktion vom 25.11.2015: Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019

Namens der AL-Fraktion verliest Andrea Leitner Verhoeven (AL) folgende Fraktions-
erklärung:

Wenig mehr als ein Geschäftsbericht

Die AL-Fraktion dankt den VerfasserInnen für das vorliegende Kulturleitbild für die Jahre 2016-2019, das transparent und übersichtlich die Kulturförderung der Dienstabteilung Kultur präsentiert. Der ausführliche Grundlagenteil lässt Engagement für die Kultur und ein vertieftes Verständnis ihrer umfassenden Bedeutung erkennen, der Anhang illustriert die Zahlen der städtischen Kulturförderung mit anschaulichen und aufschlussreichen Grafiken.

Und dennoch: Das vor uns liegende Kulturleitbild ist wenig mehr als ein Geschäftsbericht, der auflistet, was in den nächsten Jahren finanziell förderungswürdig ist und in welchem Umfang. Nicht überraschend, sind dies einmal mehr vornehmlich die Leuchttürme der bürgerlichen Hochkultur – einen kleinen Akzent dieser Periode setzt der Film als wirtschaftlicher Standortfaktor. Keine richtungsweisenden Zielvorstellungen, keine klaren Prioritäten, die eine inspirierte Debatte über Kunst, Kultur und städtische Kulturpolitik in Gang bringen könnten und den Namen Leitbild Kulturförderung verdient hätten.

Ein Kulturleitbild, wie es sich die AL wünscht, käme nicht umhin, das gesamte Zürcher Kulturschaffen zu beleuchten, auch jenes, das von der Stadt nicht unterstützt wird und viel zur Lebendigkeit in dieser Stadt beiträgt. Auch wenn diese Kulturschaffenden keine Gelder beanspruchen, haben sie doch Anrecht auf einen Ort und auf ein Bekenntnis von Stadtseite, das ihnen eine Daseinsberechtigung attestiert. Auch jener Teil der Kultur, der einen Drittel des Kulturetats für sich beansprucht und anderen Departementen untersteht, namentlich Kunst am Bau, Kunst im öffentlichen Raum, soziokulturelle Projekte und Kultur im Bildungs- und Gesundheitswesen verlangt nach mehr als nur einer flüchtigen Erwähnung.

Ein Kulturleitbildes, das die kulturelle Teilhabe für alle Gruppen unserer Gesellschaft propagiert und den Aspekt des Multiperspektivischen in der Kulturdiskussion aufgreift, muss unter Miteinbezug möglichst vieler verschiedener Kulturakteure und Anspruchsgruppen entwickelt werden. Stattdessen erweist sich das KLB als ein im Top-Down-Verfahren erstelltes Werk, für welches sich die Verwaltung vor allem selber befragt hat.

Am Anfang aller Kultur stehen die Kulturschaffenden, im Vorwort zum Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019 sucht man ihre Nennung vergeblich. Diese Lücke spricht Bände.

1434. 2015/373

Erklärung der CVP-Fraktion vom 25.11.2015: Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019

Namens der CVP-Fraktion verliest Karin Weyermann (CVP) folgende Fraktions-
erklärung:

Kultur - Weiterentwickeln, Vertiefen und Akzente setzen

2003 haben Vertreterinnen und Vertreter der FDP, SP und CVP einen Überblick über die aktuelle Situation im Zürcher Kulturbereich und die kurz- und mittelfristige Planung verlangt. Daraus resultierten die Kulturleitbilder, welche für die kommenden vier Jahre jeweils einen Überblick über die Ziele und die Formen der Kulturförderungen gaben. Das Kulturleitbild 2016-2019 hält fest, dass es in den nächsten Jahren nicht darum gehe, das Angebot auszuweiten, sondern es sorgfältig weiterzuentwickeln, zu vertiefen und dabei gezielt Akzente zu setzen. Verglichen mit dem Gesamtbudget der Stadt Zürich gingen die Kulturausgaben prozentual leicht zurück und sollen nun gemäss dem Willen des Stadtrates wieder etwas angehoben werden. Die CVP unterstützt die Kulturförderung und steht damit zur kulturellen Vielfalt in der Stadt Zürich. Wir erachten es jedoch in der derzeitigen finanziellen Lage nicht als angebracht, das Kulturbudget zu erhöhen. Es stellt sich demnach die Frage, wie das vorhandene Geld in den nächsten Jahren verteilt werden soll.

Die Kulturförderung ist aus Sicht der CVP unbestrittenermassen ein öffentlicher Auftrag. Wir stehen für die Grundsätze der Zürcher Kulturpolitik ein und attestieren, dass eine attraktive Kulturstadt verschiedenste Akteurinnen und Akteure braucht. Dass Qualität gefördert und gefordert wird, erachten wir als wichtig. Sehr hoch gewichtet die CVP bei der Beurteilung der Unterstützung der Institutionen aber auch die Effizienz und Transparenz sowie die Eigenverantwortung. Uns ist es wichtig, dass die Institutionen die städtischen Mittel effizient einsetzen, um eine starke Wirkung für die Attraktivität der Stadt Zürich im Kulturbereich zu entfalten. Ebenso erwarten wir ein hohes Mass an Eigenleistung und Eigeninitiative, damit die kulturelle Vielfalt in Zürich erhalten bleibt. Es ist nicht möglich, mit den vorhandenen Mittel das stark gewachsene Kulturangebot in Zürich zu subventionieren. Daher ist es wichtig, das bestehende Angebot weiterzuentwickeln, zu vertiefen und gezielt Akzente zu setzen.

Im vorangegangenen Kulturleitbild wurde der Schwerpunkt auf den Tanz gesetzt. Dieser Bereich soll weiterhin stark unterstützt werden, um das aufgebaute Angebot weiterzuentwickeln. Zudem erachten wir die Förderung von Ausbildungsstätten und einzelnen Nischenprodukten, welche es in dieser Art nur in Zürich gibt, als richtig und wichtig. Die Kulturvielfalt lebt von Nischenprodukten und ist darauf angewiesen, dass junge Künstler gefördert werden. In diesem Bereich sollen Akzente gesetzt werden. Dennoch sind wir der Meinung, dass die Kulturvielfalt über den gesamten Deutschschweizeraum gewährleistet sein muss und Zürich zwar eine Zentrumsfunktion der Kultur wahrnehmen, aber nicht der einzige Player in diesem Bereich sein soll. Zudem gilt es im Auge zu behalten, dass jede Kulturform für ein Publikum bestimmt ist. Die CVP erwartet nicht, dass sich die Kulturangebote nur noch nach dem Mainstream richten. Es sollen neue Formen ausprobiert werden und wie ausgeführt auch Nischenprodukte unterstützt werden. Finden jedoch Kulturformen langfristig kein oder zu wenig Publikum, ist die CVP der Ansicht, dass es auch möglich sein muss, eine Institution nicht mehr weiter zu unterstützen.

Die CVP prüfte die einzelnen Weisungen im Hinblick auf die oben ausgeführten Kriterien und wird in diesem Sinne einige wenige Beitragserhöhungen gutheissen. Die CVP wird aber auch den einen oder anderen Kürzungsantrag unterstützen oder Institutionen die Unterstützung ganz streichen.

1427. 2015/165

Weisung vom 03.06.2015:

Kultur, Leitbild der Kulturförderung für die Jahre 2016–2019, Kenntnisnahme

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Zürich ist sowohl national als auch international eine grosse Kulturstadt. Unser Kulturleben zeichnet sich durch höchste Qualität und eine faszinierende, grosse Vielfalt aus. Die grossen Institutionen gehören im internationalen Umfeld zu den Besten. Die mittleren und kleineren Kulturorte bieten ein breites Angebot in einer hohen Qualität. Massgeblich ist aus unserer Sicht für das Kulturleben, aber auch die freie Szene, dass sie wesentlich zur Weiterentwicklung der Künste beiträgt. Massgeblich ist auch die nichtsubventionierte Kultur. In diesem Leitbild geht es um die Kulturförderung. Das hervorragende Angebot ist alles andere als selbstverständlich. Ein gutes Kulturangebot muss gewollt sein, es braucht eine gute Strategie für eine bestimmte Periode und es müssen gute Rahmenbedingungen geschaffen werden. Mit diesem Leitbild formuliert der Stadtrat strategische Ziele und leitet davon Beiträge an knapp 20 Institutionen ab. Ich verzichte auf ein weiteres Vorstellen des Inhalts des Leitbilds. Ich beschränke mich auf einige grundsätzliche Gedanken. Zürich steht in einer besonderen Position. Zürich ist die grosse Bühne in der Schweiz für die Kulturschaffenden. Die grossen Städte finanzieren gemeinsam mit den grossen Kantonen und der Stiftung Pro Helvetia den*

grössten Teil der subventionierten Schweizer Kultur. Die Zürcher Kulturförderung hat Auswirkungen auf die ganze Schweiz. Unsere Gesellschaft hat sich zu einer Wissensgesellschaft entwickelt. Innovation und Erkenntnisgewinn sind unsere wichtigsten Ressourcen. Künstlerinnen und Künstler sind, genauso wie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, neugierige Menschen, die Experimente suchen. Die Schweiz ist auf Kreativität und Innovation angewiesen. Dies benötigt Freiräume, die durch eine gute Wissenschafts- und Kulturpolitik geschaffen werden. Kulturförderung ist darum auch Innovationsförderung. Gesellschaftliche Veränderungen zeigen sich in den Städten. In Städten werden Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen gesucht, gefunden und erprobt. Die Kultur spielt dabei eine wichtige Vorreiterrolle. Kulturinstitutionen sind Orte der Debatten und des gemeinsamen Erlebens. Darum ist die Kultur der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Selbstverständlich gibt es auch andere, wichtige Faktoren, die zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft beitragen. Die Rolle der Kultur darf nicht unterschätzt werden. Ein herausragendes Kulturangebot kostet die öffentliche Hand etwas. Die Kultur leistet aber auch einen Beitrag an die Stadt und ihre Bevölkerung. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt schätzen ein breites Angebot. Das breite Kulturangebot ist für viele Menschen ein Grund, um in der Stadt zu leben und Steuern zu zahlen. Zürcherinnen und Zürcher sind auch bereit, ein hervorragendes und breites Kulturangebot zu finanzieren. Dies zeigt sich an den Volksabstimmungen. Unsere Kulturförderung ist in hohem Mass demokratisch legitimiert. Kulturförderung besitzt jedoch auch eine volkswirtschaftliche Bedeutung. Eine Studie der Stiftung Julius Bär wies nach, dass die subventionierten Kulturinstitutionen rund 212 Millionen Franken zur Wertschöpfung beitragen. Die Institutionen bieten 1350 attraktive Arbeitsplätze, vom kulturellen Betrieb dieser Institutionen verdienen wiederum weitere Betriebe in der Stadt rund 60 Millionen Franken. Es werden Dienstleistungen und Material eingekauft. Auch dies schafft Arbeitsplätze. Der Beschäftigungseffekt dieser subventionierten Kulturinstitutionen beträgt über 2000 Vollzeitstellen. Dies ist ein wichtiger Effekt, jedoch nicht der Aspekt, der die Existenzberechtigung der Kultur legitimiert. Im November 2012 wurde der Erweiterung des Kunsthauses zugestimmt. Die Bevölkerung wusste, dass dadurch die Ausgaben für die Kultur steigen werden. Es wäre falsch, wenn andere Kultursparten unter diesem Grossprojekt leiden müssten. Eine Plafonierung der Kulturausgaben hätte diesen Effekt. Gerade im Bereich Film ist es gefährlich, weil die Zürcher Filmstiftung auch in finanzieller Hinsicht einen neuen Entwicklungsschub benötigt. Eine Plafonierung der Kulturausgaben ist nicht angemessen, weil die Stadt wächst. Es gibt eine neue Nachfrage und neue Angebote. Wir können das Wachstum im Kulturbereich nicht einfach einfrieren. Die Forderung nach einer hohen Qualität und breiten Teilhabe an der Kultur ist ein Bestandteil unserer Kulturpolitik. Wir benötigen ein Gleichgewicht zwischen Tradition und Offenheit gegenüber neuen Kunstformen, neuen Generationen von Künstlerinnen und Künstlern und neuen kulturellen Bedürfnissen in der Bevölkerung. Ich bin überzeugt, dass unser Leitbild diesem Anspruch gerecht wird. Die Stadt besitzt eine grosse Tradition als Kulturstadt. Tragen wir dieser Tradition Sorge im Wissen darum, dass unsere Stadt wächst. Eine Kulturlandschaft ist stetigen Veränderungen unterworfen. Kultur trägt massgeblich zur ausgezeichneten Lebensqualität in unserer Stadt bei. Gute Kulturpolitik entsteht im Dialog und ist einer der Standortvorteile der Stadt. Im Wissen darum beteiligt sich der Kanton an der städtischen Kulturförderung.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christina Hug (Grüne): Ich habe das Leitbild bereits vorgestellt. Die Mehrheit der Kommission hält das Leitbild für ausgewogen und überzeugend. Deshalb beantragen wir die Kenntnisnahme.

Dr. Daniel Regli (SVP): Die SVP will keinen radikalen Kulturabbau. Pius Knüsel setzt sich im Buch Kulturinfarkt für einen massiven Kulturabbau ein. Für uns ist dies kein Kul-

turleitbild. Diesbezüglich stimmen wir der AL zu, auch wenn sich unsere Begründungen unterscheiden. In der AL wird die Breite, der fehlende Individualismus bemängelt. Wir vermissen das Gemeinwohl. Es werden grosse Fragen und Antworten aufgeworfen, beispielsweise die Frage, ob der verfassungsmässige Auftrag wahrgenommen wird. Das Gemeinwohl wird auf Seite 14 der Grundlagen erwähnt. Der Stadtrat will mit seiner Kulturpolitik zum langfristigen Gemeinwohl beitragen. Es wird gesagt, die Stadt biete hilfreiche Orientierung in einer Zeit, die sich schnell verändert. Es handelt sich um grosse Fragen, die grosse Antworten bedürfen. Der Stadtrat beantwortet diese Fragen nicht. In diesem Leitbild herrscht ein oberflächliches Problembewusstsein. Das Problembewusstsein des Stadtrats beschränkt sich auf die Multioptionsgesellschaft, den hohen Migrationsanteil und die Gentrifizierung der Gesellschaft, eine rasante technische Entwicklung, Internet und Social Media sowie einen hohen Wertewandel. Es wird im Leitbild gesagt, dass die Dinge, die heute gelten, morgen nichts mehr wert seien. Es wird gesagt, dass wir in einer neuen Weltordnung leben. Zudem wird als weitere Herausforderung gesagt, dass es neue Anspruchsgruppen gebe. Diese Anspruchsgruppen erfordern eine erhöhte Partizipation. Es sollen möglichst viele Bevölkerungsgruppen mit künstlerischem Potential einbezogen werden. Bei der Erhöhung der Qualität will der Stadtrat die Selbstausbeutung der Künstler abbauen. Es wird gesagt, die Künstler bräuchten mehr Geld. Es wird ebenfalls geschrieben, sie hätten zu wenig innovatives Potential. Der Stadtrat ging dazu über, einzelnen Kulturinstitutionen zu sagen, sie müssten weniger Vorführungen durchführen. Die Versuche, sich besser zu koordinieren, sind in der angerissenen Weise nicht zielführend. Bei der Koordination geht es nicht um den Abbau von Doppelspurigkeiten, sondern um gegenseitige Unterstützung bei diesem endlosen Ausbau. Dieser Ausbau dient dem Gemeinwohl nicht. Es handelt sich um kein Kulturleitbild, sondern um einen Geschäftsbericht. Es wird gesagt, dass bereits viel gemacht werde und noch mehr gemacht werden wolle. Es wird gesagt, dass die Finanzen stabil seien. Es geht tatsächlich um einen markanten Ausbau. Es gibt etliche Ressortkredite, die ausgebaut werden sollen. Die Frage, ob der Ausbau tatsächlich sinnvoll ist, können wir uns als Gemeinderäte stellen. Wir sollen dem Gemeinwohl dienen. Das Gemeinwohl hat etwas mit der Befindlichkeit der Menschen zu tun. Es wurde gesagt, der Ausbau sei demokratisch legitimiert. Wenn ich nach dem Gemeinwohl frage, frage ich zunächst nach den Menschen. Man muss sich beispielsweise fragen, worunter die Gesellschaft leidet. Derartigen Fragen wird in diesem Leitbild nicht nachgegangen. Wir hören nichts von der Vereinsamung der Kinder, von einsamen, alten Menschen in Altersheimen. Wir hören nichts über die Liebe, über die Angst vor Terror und Migration. Wir hören nichts über Mobbing und soziale Kälte, die Ängste und Süchte der Menschen. Es wurde von einem leichten Trost gesprochen, wenn man nicht fragt, kann man auch keinen tiefen Trost bieten. Der Stadtrat bleibt an der Oberfläche. Ein zweites Defizit betrifft die angestrebte Erhöhung der Qualität. Wie soll Qualität gemessen werden? Es wird die Exzellenz hochgehalten, so beispielsweise in der Tonhalle. Auf der anderen Seite haben sie Dilettanz. Man fördert viele Projekte und es ist egal, ob Antikunst gefördert, arrangierter Müll gefördert wird. Es ist egal, ob Sex oder Pornografie gefördert wird. Ich werde später weitersprechen.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Ich möchte ein grosses Missverständnis ausräumen. Es wird oft davon ausgegangen, dass Linke für den Kulturausbau und Rechte für den Kulturabbau seien. Tatsächlich verhält sich die Sache komplizierter. Wir behandeln heute 18 Weisungen zum Thema. Wir werden insgesamt 16 Weisungen zustimmen und somit einem moderaten Ausbau der Kulturausgaben zustimmen. Das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum sowie die Institutionen rechtfertigen dies. Die Künstlerensembles entwickeln sich weiter und benötigen Geld dafür. Würden alle der FDP folgen, würden die Kulturausgaben von diesem auf nächstes Jahr auf 1,9 Millionen Franken steigen. Dabei

handelt es sich um ein Wachstum von über als 2 %. Uns kann man Kulturabbau nicht vorwerfen. Wir betreiben Kulturaufbau. Lediglich in zwei Weisungen weichen wir vom stadträtlichen Antrag mit guter Begründung ab.

Rosa Maino (AL): Die AL wird sich in der Abstimmung zur vorliegenden Weisung enthalten. Wir sind zum Schluss gelangt, dass die Kenntnisnahme dieses Kulturleitbilds kein geeignetes Mittel für dieses Parlament ist, um kulturpolitisch Einfluss nehmen zu können. Ebenso wenig kann Einfluss genommen werden, wenn in den Beitragsweisungen aufgrund der willkürlichen Begründungen zugestimmt wird. Die Beitragsweisungen mussten in der Kommission vor der Kenntnis des Kulturleitbilds abgeschlossen werden. Eigentlich sollte der Überbau zur Kulturförderung intensiv diskutiert werden, bevor über Teilaspekte befunden wird. Aus diesen Gründen wird sich die AL in der folgenden Kulturweisungskaskade im Zweifelsfall für die Zustimmung entscheiden. Die AL wird sich jedoch überlegen, mit welchen parlamentarischen Mitteln die städtische Kultur adäquat mitgeprägt werden kann, so dass die Kultur nicht zu einer reinen Standortförderung und zu einem reinen Tourismusargument verkommt.

Mark Richli (SP): Unsere Fraktion steht voll hinter diesem Kulturleitbild. Es baut auf dem Kulturleitbild der Vorjahre auf und setzt dieses fort. Es werden keine einschneidenden Änderungen vorgeschlagen, der Schwerpunkt für die Jahre 2016–2019 ist der Filmproduktionsstandort. Damit verbunden ist eine Erhöhung der Beiträge an die Filmstiftung und eine Stabilisierung der Finanzierungsgrundlagen. Mit der Manifesta und dem Dada-Jubiläum werden weitere Akzente gesetzt. Das Centre le Corbusier soll langfristig gesichert, der Museumscluster im Seefeld gestärkt und die Tanz- und Theaterlandschaft ergebnisoffen analysiert werden. Einzelne Beiträge werden erhöht oder angepasst. Für das Cabaret Voltaire wird erstmals ein Betriebsbeitrag beantragt. Das Kulturleitbild zielt auf eine langfristige Sicherung des Dada-Hauses. Dies ist aus unserer Sicht überfällig. Erhöht werden die Beiträge in den Bereichen Jazz, Rock, Pop und Theater. Für die SP ist das sorgfältig ausgearbeitete Kulturleitbild eine ausgezeichnete Grundlage, die einzelnen Weisungen in einer Gesamtschau zu behandeln. Wir haben in der Kommission zuerst das Kulturleitbild ausführlich bearbeitet. Die SP steht hinter der Förderung der grossen und kleinen Institutionen und begrüsst die Erhöhung der freien Kredite.

Dr. Daniel Regli (SVP): Wir sind beim untüchtigen Qualitätsbegriff stehengeblieben. Juri Steiner war bei uns in der Kommission und trat dafür ein, dass das wichtigste Kunstwerk des 20. Jahrhunderts nach Zürich komme. Dabei handle es sich um das Pissoir von Marcel Duchamp aus dem Jahr 1913. Fäkalkunst sei mit der Tonhalle vergleichbar. In der Kunst habe alles Platz. Es wird ein sehr problematischer Qualitätsbegriff. Dilettanz ist für das Publikum uninteressant. Mit der Zeit ist Dilettanz nicht mehrheitsfähig. Die Menschen wollen in ihrer täglichen Lebensführung abgeholt werden. Sie wollen Ermutigung und Trost. Dies wird mit Dilettanz nicht erreicht. Als man merkte, dass das Publikum ausblieb, wurde das Publikum als Regulativ annulliert. Nicht mehr das Publikum entscheidet darüber, was attraktiv ist, sondern der Staat in Form von Juries und Fachgremien. Dadurch schraubt die Exzellenz ihre Kosten in die Höhe und die Dilettanz in die Breite. Alles breitet sich aus. Dies ist nicht im Sinne einer budgethoheitlichen Ratsdebatte. Der Stadtrat sagt, ohne es explizit in Worte zu fassen, was er eigentlich mit seiner Kultur will. Der Stadtrat will Exzellenz und Ramsch fördern. Wichtig sind die Ausstrahlung und das Renommee der Stadt. Der Stadtrat will nicht Orientierung, er fördert die Desorientierung. Es wird nicht das Gemeinwohl gesucht, es wird versucht, die Anspruchsgruppen zu befriedigen. Das lehnen wir aus Überzeugung ab.

Isabel Garcia (GLP): Wir werden dieses Leitbild zustimmend zur Kenntnis nehmen. Es gibt Vor- und Nachteile. Das Leitbild bietet einen umfassenden Überblick über die Ziele und Vorstellungen der städtischen Kulturpolitik sowie der verschiedenen Aktivitäten, die

gefördert werden sollen. Ein solches Kulturleitbild schafft Transparenz über die Aktivitäten und die Steuergelder, die ausgegeben werden sollen. Kritisch zu bewerten ist, dass die kritische Auseinandersetzung mit der Besitzstandwahrung fehlt. Wir werden, mit wenigen Ausnahmen, demselben wie vor vier Jahren zustimmen. Dies scheint uns nicht sehr originell zu sein. Wir reden heute nicht über die unbefristeten Subventionen, die immerhin 60 % der Gesamtsubventionen ausmachen. Uns fehlt die umfassende Beurteilung der Kulturpolitik.

Hans Urs von Matt (SP): Ich glaube, wir haben ein völlig anderes Leitbild als die SVP gelesen. Dr. Daniel Regli (SVP) fordert, dass die Bevölkerung abgeholt und einbezogen werden soll. Genau darum geht es bei der Teilhabe. Es sollen Anstrengungen unternommen werden, damit die Kultur ein grösseres Publikum erreicht. Bei der GLP verstehe ich die Argumentation nicht ganz. Es wird jetzt Besitzstandwahrung kritisiert, in der Fraktionserklärung wird jedoch geschrieben, dass nur diejenigen mit Publikum eine Existenzberechtigung hätten. Somit wird denjenigen, die ein Publikum erreichen, Besitzstandwahrung vorgeworfen. Die Avantgarde kann am Anfang kein grosses Publikum ansprechen, weil etwas Neues entwickelt wird. Ich könnte viele Kunstprodukte aufzählen, die zunächst kein grosses Publikum fanden und abgelehnt wurden. Kultur muss immer auch gesellschaftskritisch hinterfragt werden. Ich verstehe die Argumentation der GLP nicht.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Ich habe bei diversen Voten gestaunt, die von den wirtschaftsfreundlichen Parteien vorgebracht wurden. Die Stadtpräsidentin präsentierte diverse Zahlen für die Stadt. Anscheinend wurden die Zahlen, welche die ganze Schweiz betreffen, noch nie angeschaut. Es gibt eine Studie der ZHDK, die sämtliche Zahlen des Bundesamts für Statistik analysiert. Würden Sie sich diese Zahlen anschauen, sähen Sie, wie effektiv der eingesetzte Franken an Mehrwert generiert. Wir geben etwa 1,2–1,4 % des Gesamtbudgets für die Kultur aus. Damit generieren wir einen Mehrwert, der das elf- bis zwölfwache ausmacht. Wir haben in der Schweiz einen Betriebsanteil von etwa 12 %, die zur Kreativwirtschaft gehören. Dieser Wirtschaftszweig hat einen Anteil am BIP von etwa 11 %. In welchem anderen Wirtschaftszweig gibt es einen so hohen volkswirtschaftlichen Mehrwert bei etwas, das von der Stadt subventioniert wird? Wenn in ein Kulturhaus investiert wird, macht das einen kleinen Teil der Kosten aus. Es wird eine enorme Vielfalt an KMUs generiert, die von den Kulturhäusern durch Aufträge profitieren. Wir haben 67 000 Kleinunternehmen, die von den Subventionen der Stadt an die Kulturangebote profitieren. Die Menschen kommen wegen des Kulturangebots in die Stadt. Kultur ist nicht nur wirtschaftsfördernd, sondern sie hält auch die Gesellschaft beisammen. Sie stiftet Identität, Sinn und Werte. Sie bietet die Möglichkeit, sich mit gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen.

Karin Weyermann (CVP): Die CVP wird das Kulturleitbild zur Kenntnis nehmen. Es bietet einen guten Überblick. Die CVP ist in der Kommission nicht vertreten, dies bedeutet, dass wir uns das Wissen selbst erarbeiten mussten. Ich gebe zu, dass ich kein Kulturkenner bin. Nichtsdestotrotz habe ich mich eingearbeitet. Dafür war das Leitbild hilfreich. Nichtsdestotrotz kritisieren wir das Leitbild in gewissen Punkten. Wir erwarten von einem Leitbild, dass es das ganze Spektrum anschaut und nicht einzelne Institutionen. Es soll geschaut werden, wo grössere Subventionen notwendig sind. Es soll jedoch auch geschaut werden, wo Subventionen gekürzt werden können. Letzteres geschah in diesem Leitbild nur unzureichend. Wir anerkennen jedoch auch, dass es für den Stadtrat schwierig ist, einzelne Institutionen in Frage zu stellen. Trotzdem ist es notwendig, der Stadtrat sollte diesen Mut aufbringen. Im Gesamten erfüllt das Kulturleitbild seinen Zweck.

Michael Baumer (FDP): Die eigentliche Debatte funktioniert über Finanzierungen. Eine eigentliche Debatte über die Kultur findet nicht statt. Wenn ich mich in der Kulturszene aufhalte, treffe ich dort wenige Linke, sondern eher Bürgerliche – auch wenn ich nicht ins Opernhaus gehe. In der Fraktionserklärung der SP wurde gesagt, Kultur sei Opposition. Ebenso wurde bedauert, welche geringe Rolle die Kultur in der Politik spiele. Diese zwei Sätze hängen zusammen. Gerade in Zürich stelle ich fest, dass die Gefahr einer Mainstreamkultur besteht. Ich wünschte mir, dass die Kulturschaffenden etwas mehr Opposition betrieben.

Dr. Mario Babini (parteilos): Es wurde viel über die Kosten gesprochen. Ich habe mir die Mühe gemacht, einzelne Zahlen anzuschauen. Die Ausgaben belaufen sich, das Kunsthaus eingeschlossen, auf 85 Millionen Franken pro Jahr. Dies entspricht etwa einem Prozent des Budgets. Dies ist jedoch wenig aussagekräftig. Wenn man sich die Pro-Kopf-Ausgaben der einzelnen Städte anschaut, ergibt sich ein anderes Bild. Spitzenreiter ist Genf, gefolgt von Basel, Lugano und Lausanne. Genf gibt pro Kopf drei Mal mehr aus als Zürich. Basel gibt das Doppelte aus. Wir stehen nicht an einem Ort, an dem Kulturgelder in Übermass gesprochen werden. Die Subventionen arten auch nicht aus. 2012 bis 2019 sollen die Ausgaben ohne Kunsthaus um 0,53 % jährlich steigen. Dies ist für Zürich durchaus vertretbar.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Marianne Aubert (SP) i. V. von Nicolas Esseiva (SP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Christian Huser (FDP), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit:	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)
Enthaltung:	Rosa Maino (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 21 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Vom Leitbild der städtischen Kulturförderung für die Jahre 2016–2019 wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. Dezember 2015

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1435. 2015/374

Motion der GLP-Fraktion vom 25.11.2015: Auflösung der unbefristeten Subventionsverträge mit dem Schauspielhaus, der Tonhalle und der Zürcher Kunstgesellschaft

Von der GLP-Fraktion ist am 25. November 2015 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die eine Auflösung der unbefristeten Subventionsverträge der Stadt Zürich mit den drei grössten Kulturinstitutionen - Schauspielhaus, Tonhalle und Zürcher Kunstgesellschaft - zum nächstmöglichen Zeitpunkt enthält. Die Auflösung der unbefristeten Subventionsverträge soll eine Neubeurteilung derselben erlauben und der unsicheren städtischen Finanzlage Rechnung tragen.

Begründung:

Die Stadt Zürich bezahlt aktuell einen Betrag von gut 63 Millionen Schweizer Franken (Budget 2016 gemäss Kulturleitbild 2016-2019 der Stadt Zürich) an die drei grössten Kulturinstitutionen Schauspielhaus, Tonhalle und Zürcher Kunstgesellschaft. Bei einem jährlichen Kulturbudget von rund 104 Millionen Schweizer Franken (Budget 2016 gemäss Kulturleitbild 2016-2019 der Stadt Zürich; exkl. Personal, Mieten, Abschreibungen, Dienstleistungen Dritter und weiteren Sachaufwendungen) fliessen also rund 61% der städtischen Kulturgelder automatisch an diese drei Institutionen. Obwohl die Kulturpolitik eine typische kommunale Aufgabe ist, haben weder Stadt- noch Gemeinderat die Möglichkeit, diesen doch beträchtlichen Teil der Kultursubventionen über das Budget oder die periodische Neubeurteilung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen (Weisungen) zu beeinflussen und zu steuern. Es ist daher angezeigt, eine Gesamtschau der Kultursubventionen dahingehend zu ermöglichen, dass die Stadt eine Neubeurteilung der Situation vornehmen kann.

Mitteilung an den Stadtrat

1436. 2015/375

Postulat von Anjushka Früh (SP) und Eva Hirsiger (Grüne) vom 25.11.2015: Verzicht auf mit Palmöl oder Palmfett angereicherte Lebensmittel in städtischen Verpflegungsbetrieben

Von Anjushka Früh (SP) und Eva Hirsiger (Grüne) ist am 25. November 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in städtischen Verpflegungsbetrieben (z.B. Mitarbeiterverpflegungsbetriebe, Alters- und Wohnheime, Spitäler, Mittagstische, Horte) vermehrt auf die Verwendung von mit Palmöl oder Palmfett angereicherten Lebensmittel verzichtet werden kann.

Begründung:

Palmöl wird in Afrika, Asien, Nord- und Südamerika angebaut und in die ganze Welt exportiert. Eine grosse Mehrheit wird in Indonesien und Malaysia produziert. 40 - 50 % aller Haushaltsprodukte enthalten Palmöl, ein grosser Teil davon Lebensmittel. Häufig wird Palmöl unter dem Namen „Pflanzliches Fett“ verdeckt in der Zusammensetzung von Lebensmittel aufgeführt.

Die Palmölproduktion ist ein ökologisches und soziales Desaster. Um Ackerflächen zu gewinnen, werden tropische Wälder abgebrannt. Dies hat dramatische Folgen für die Biodiversität und die ohnehin bereits bedrohte Tierwelt. Täglich wird weltweit Regenwald in der Fläche von 4600 Fussballfeldern für die Produktion von Palmöl zerstört. Durch die Brandrodungen werden Unmengen an Treibhausgasen freigesetzt. Die Feuer in Indonesien im Sommer/Herbst 2015 waren so intensiv, dass die täglich freigesetzten Emissionen sogar über den täglichen Durchschnittsemissionen der US-Wirtschaft lagen.

Das einzige, was gegen diese Probleme hilft, ist die Nachfrage nach Produkten mit Palmöl und Palmfett zu senken.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und das Postulat werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1437. 2015/376

Schriftliche Anfrage von Marcel Bührig (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 25.11.2015:

Grippefälle in den städtischen Spitälern, Massnahmen zur Eindämmung und Verbreitung der Spitalgrippe sowie Empfehlungen für das Pflege- und ärztliche Personal

Von Marcel Bührig (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) ist am 25. November 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Eine kürzlich veröffentlichte Hochrechnung des Universitätsspitals Genf ergab das mindestens 500 Personen letzten Winter an der Spitalgrippe in der Schweiz verstorben sind. Das Universitätsspital Basel hat nun eine Empfehlung herausgegeben, dass während der Grippezeit Kinder als Besucherinnen und Besucher nicht erwünscht sind. Seit längerem gibt es in der Schweiz eine rege Diskussion über Impfpflicht und Impfwang. Im Fokus einer solchen Diskussion steht auch oft das Gesundheitspersonal. Die Stadt Zürich verfügt über 5 Dienstabteilungen (STZ, SWZ, PZZ, ASZ und SGD) mit Angestellten die als Pflege- oder ärztliche Personal eingestuft werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gibt es Hochrechnungen oder genaue Zahlen zur Verbreitung, sowie der Anzahl Opfer, der Spitalgrippe im Raum Zürich?
2. Wurden gegenwärtig oder in der Vergangenheit spezielle Massnahmen zur Eindämmung der Spitalgrippe ergriffen?
 - a. Wie steht der Stadtrat zur Empfehlung des Universitätsspitals Basels, dass während der Grippezeit Kinder als Besucherinnen und Besucher nicht erwünscht sind, wäre das zumindest für die beiden städtischen Spitälern eine Option?
 - b. Wurden sonstige anderweitige Regeln für Besucherinnen oder Besucher oder das Personal in der Grippezeit erlassen?
3. Wird erfasst ob sich das Pflege- und ärztliche Personal gegen die Grippe impfen lässt? Wenn ja, wie hoch ist die Impfquote?
4. Gibt es an den genannten Dienstabteilungen der Stadt Zürich eine Grippeempfehlung für das ärztliche und Pflegepersonal?
5. Wie wird gewährleistet das erkrankte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während der Grippezeit die Krankheit im Spital nicht weiterübertragen? Wie wird sichergestellt, dass während der Grippezeit genug Ersatzpersonal bereit steht ohne die übrigen Mitarbeiter stärker zu belasten?
6. Sieht der Stadtrat weitere Möglichkeiten um der Verbreitung der Spitalgrippe entgegenzuwirken? Wurden bereits andere Ansätze ausprobiert?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1438. 2014/138

SK PD/V, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Mauro Tuena (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2016

Es wird mit Wirkung ab 26. November 2015 gewählt (Beschluss des Büros vom 23. November 2015):

Christoph Marty (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

1439. 2014/138

SK PD/V, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Marc Bourgeois (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2016

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 23. November 2015):

Andreas Egli (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

1440. 2015/358

Schriftliche Anfrage von Severin Pflüger (FDP) und Christian Huser (FDP) vom 11.11.2015:

Anerkennung von Fachpersonen als pädagogische Fachkräfte für Kinderkrippen, Ablauf und Dauer des Anerkennungsverfahrens sowie Möglichkeiten für die Erweiterung des Katalogs von anererkennungsfähigen Ausbildungen

Severin Pflüger (FDP) zieht die Schriftliche Anfrage zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

1441. 2015/336

Dringliche Schriftliche Anfrage von Markus Kunz (Grüne), Gabriele Kisker (Grüne) und 39 Mitunterzeichnenden vom 21.10.2015:

Überbauung auf dem Areal Thurgauerstrasse West, Möglichkeiten für eine innovative Planung mit einer Nachhaltigkeitsqualität, die mindestens einem «2000-Watt-Areal» entspricht

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 981 vom 18. November 2015).

1442. 2015/268

Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) und Marc Bourgeois (FDP) vom 19.08.2015:

Wirtschaftlichkeit und Kostendeckungsgrade der einzelnen Tram- und Buslinien der VBZ, Art und Umfang der erhobenen Daten und Möglichkeiten für deren Veröffentlichung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 982 vom 18. November 2015).

1443. 2015/274

Schriftliche Anfrage von Felix Moser (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 19.08.2015:

Invasive Neophyten, vorkommende Arten und Massnahmen für deren Bekämpfung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 980 vom 18. November 2015).

1444. 2015/275

Schriftliche Anfrage von Ezgi Akyol (AL) und Christina Schiller (AL) vom 19.08.2015:

Besetzung des Binz-Areals vom 17.07.2015, Hintergründe zum Polizeieinsatz gegen die AktivistInnen und AnwohnerInnen an der Uetlibergstrasse sowie zur Erfassung der Personendaten

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 991 vom 18. November 2015).

1445. 2010/442

Weisung vom 27.10.2010:

Anpassung der Aufgabenzuordnung der Departemente sowie von Bestimmungen des Abschnitts Schule und Schulbehörden; Umbenennung eines Departementes; Streichung einer Kompetenzbestimmung Gemeinderat; Änderung der Gemeindeordnung

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 22. November 2015 über folgende Vorlage entschieden:

2010/442 Weisung vom 27.10.2010:

Anpassung der Aufgabenzuordnung der Departemente sowie von Bestimmungen des Abschnitts Schule und Schulbehörden; Umbenennung eines Departementes; Streichung einer Kompetenzbestimmung Gemeinderat; Änderung der Gemeindeordnung

55 647 Ja 17 253 Nein

Nächste Sitzung: 25. November 2015, 20.30 Uhr.